

Im Oktober 1929 riss die Finanzkrise an der Wall Street die Weltwirtschaft in den Abgrund. Die Weimarer Republik traf der Schock schwer. Doch erst die Deflationspolitik der Regierung Brüning wurde Deutschland zum Verhängnis – und ebnete Adolf Hitler den Weg.

STURZ IN DEN RUIN

Von Alexander Jung

SCHOCKIERTE BÖRSIANER

Der Kurssturz an der New Yorker Börse Ende Oktober 1929 löste eine weltweite Wirtschaftskrise aus. In Europa, Japan, Australien, überall waren die Auswirkungen zu spüren. Rund 16,4 Millionen Aktien wurden an einem Tag verramscht.



Der Kleine Mann, das ist ein Mann, mit dem man alles machen kann. / Er steht auf allen vieren stramm, / beladen mit dem Notprogramm, / und wartet auf den Schinder. / Er schleppt und darbt und nennt es Pflicht, / denkt nicht an sich und denkt auch nicht / einmal an seine Kinder.

ERICH KÄSTNER, 1931

Schon der Morgen war anders als alle Tage, die Winston Churchill bisher erlebt hatte. Der spätere Premierminister Seiner Majestät, der auf einer Amerika-Reise in New York Station gemacht hatte, schaute von seinem Zimmer im Luxushotel Savoy-Plaza hinaus auf die Fifth Avenue. Dort drängten sich die Passanten, Feuerwehrleute eilten herbei, doch sie waren zu spät gekommen.

„Direkt unter meinem Fenster hatte sich ein Gentleman 15 Stockwerke in die Tiefe gestürzt“, berichtete Churchill von der Begebenheit in der Frühe des 25. Oktober 1929. Der Mann, der an diesem Freitag in den Tod sprang, gehörte zu den Unglücklichen, die erst ihr Vermögen verloren hatten und dann die Nerven.

Später folgte Churchill einer Einladung an die Wall Street. Er nahm auf der Besuchertribüne der Börse Platz, dort machte er seine zweite Grenzerfahrung an diesem Tag. Er wurde Zeuge einer Finanzkrise, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte.

Die Kurse fielen und fielen und fielen, der Ticker ratterte ohne Unterlass, das Papierband konnte die Notierungen gar nicht so schnell ausspucken, wie sie sanken. Ratlos standen die Händler auf dem Parkett, sie sahen aus „wie die Zeitlupenaufnahme eines aufgeschreckten Ameisenhaufens“, beschrieb Churchill, was er von der Empore beobachten konnte.

Am Tag zuvor war die Verkaufswelle ins Rollen gekommen. Erst verloren nur einzelne Papiere kräf-

tig an Wert, dann scholl die Bewegung zu einer Massenflucht an. Jeder Händler wollte nur noch raus aus dem Markt, egal zu welchem Preis.

Am Montag setzte sich der Verfall fort, am Dienstag sackten die Kurse ins Bodenlose: Rund 16,4 Millionen Aktien wurden an diesem Tag verramscht, ein Rekord, der fast 40 Jahre hielt. Existenzen wurden vernichtet, Träume waren zerplatzt. Das meiste dessen, was in den Jahren zuvor an Papiervermögen aufgetürmt worden war, hatte der Sturm an der Wall Street fortgeweht.

„Wenige Menschen verloren jemals so rapide an Ansehen“, resümierte später der Ökonom John Kenneth Galbraith, „wie die Bankleute von New York in den fünf Tagen vom 24. bis zum 29. Oktober.“

Einen Tag später endete Churchills Besuch in den USA, der Staatsmann nahm das Schiff zurück nach England. Es war gleichsam der Aufbruch in eine andere Zeit.

Der Börsenkrach von 1929 war der Auftakt zur ersten Weltwirtschaftskrise, die tatsächlich diesen Namen verdient; ihre Ausläufer waren bis nach Japan und Australien zu spüren. Sie hat nicht nur zahllose Menschen und Unternehmen ruiniert, sie hat die Weltläufe verändert – und ganz besonders das Geschehen in Deutschland. Das „Dritte Reich“, der Zweite Weltkrieg, die Teilung des Landes: All das wäre ohne die globale Wirtschaftskrise nicht denkbar gewesen.

Natürlich verlief dieser Prozess keinesfalls zwangsläufig. Doch die wirtschaftlichen Turbulenzen waren eine wichtige Voraussetzung für alles, was politisch folgte. Sie veranlassten die Zeitgenossen, manches, was bis dahin als Gewissheit galt, nun doch in Frage zu stellen. Das Vertrauen in die Kräfte des Marktes war gänzlich verfliegen, die Hoffnung zerstört, dass eine „unsichtbare Hand“ am Ende alles zum Besten richten würde. Nun wurde wieder nach dem Staat gerufen, der intervenieren sollte, nach der starken, der ordnenden Hand.



In Amerika brachte die Weltwirtschaftskrise Franklin Delano Roosevelt hervor und das Konjunkturprogramm des New Deal – in Deutschland erwuchsen aus ihr Adolf Hitler und die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten. Selten waren Glück und Unglück zwischen Völkern so ungleich verteilt, warum bloß?

Kaum ein Land war so stark von der Krise getroffen wie das Deutsche Reich. Die Erwerbslosigkeit stieg sprunghaft an, von 1,3 Millionen registrierten Arbeitslosen im September 1929 auf mehr als 6 Millionen Anfang 1933. Fast jede Familie in Deutschland bekam in irgendeiner Form die Wirtschaftskrise zu spüren.

Und doch traf es die USA noch schlimmer. Dort setzte „The Great Depression“ zwar später ein, aber dafür war der Niedergang umso heftiger, und er reichte bis weit in die dreißiger Jahre hinein. Fast drei Jahre dauerte es, bis der Dow-Jones-Index im Juli 1932 seinen Tiefstand bei 41 Punkten fand – und danach weitere 22 Jahre, bis er im November 1954 wieder das Vor-Krisen-Niveau von 381 Punkten erreichte. Wieso also entwickelte sich gerade in Deutschland aus dem ökonomischen Niedergang die politische Katastrophe?

Nach dem Ersten Weltkrieg und seinen fast 15 Millionen Toten lag schließlich der Mehrheit der Deutschen wie der Amerikaner nichts ferner, als auf die Schlachtfelder zurückzukehren. „Nie wieder Krieg!“ lautete das Motto zahlreicher Kundgebungen jener Zeit.

Die Bürger sehnten sich nach Ruhe und Wohlstand, nach Frieden und Fortschritt. Sie wollten anknüpfen an den fulminanten Aufschwung der Vorkriegszeit, nunmehr befeuert durch den Treibstoff des 20. Jahrhunderts, das Mineralöl. Sie begeisterten sich für die neuen Produkte, die ihnen das Leben zu erleichtern versprochen: Kühlschränke, Staubsauger, Radioempfänger – am Band gefertigt und für beinahe jeden erschwinglich.

Bahnbrechende Technologien wie das Automobil, die Luftfahrt oder der Rundfunk erregten die Phantasien der Anleger. Die Hochkonjunktur entfachte ein wahres Feuerwerk an den Aktienmärkten. Die Aktie der Radio Corporation of America zum Beispiel konnte ihren Wert von 1924 bis Herbst 1929 verzehnfachen.

Immer mehr Anleger spekulierten an der Börse, nicht selten kauften sie Aktien auf Pump in der festen Erwartung, sie könnten ja mit einem Teil der Kursgewinne die Schulden tilgen. „Massenflucht aus

der Wirklichkeit“ nannte Galbraith das Phänomen. Friseure, Postboten, Schuhputzer: Keiner wollte die Gelegenheit verpassen. Warum auch sollten sie zögern, schließlich folgten sie nur den Ratschlägen der klügsten Köpfe ihrer Zeit.

Der Yale-Professor Irving Fisher beispielsweise, damals einer der bekanntesten Ökonomen, meinte zwei Wochen vor dem Crash, „dass Aktienkurse, wie es scheint, ein dauerhaft hohes Niveau erreicht haben“. Und im Wahlkampf 1928 hatte Präsidentschaftskandidat Herbert Hoover bereits frohlockt: „In Amerika sind wir heute

dem Triumph über die Armut näher als jemals zuvor in der Geschichte irgendeines Landes.“

Nur wenige behielten einen kühlen Kopf und ahnten, dass auch dieser Aufschwung einmal sein Ende finden würde. Dass die Unternehmen irgendwann mehr produzierten, als sie verkaufen konnten. Vor allem aber: dass es sich bitter rächen würde, wenn die Kunden sich fast alles auf Pump finanzierten – das neue Haus, die große Limousine, die modernen Küchengeräte. Drei Viertel aller Möbel und mehr als die Hälfte der Autos haben die Amerikaner damals mit fremdem Geld bezahlt.

„Früher oder später wird der Crash kommen, und er kann schrecklich werden“, prophezeite der US-Ökonom Roger Babson noch im September 1929. Deutliche Hinweise wurden jedoch nicht ernst genommen: das Absacken der US-Automobilproduktion vom Frühjahr bis zum Herbst 1929 um ein Drittel beispielsweise oder der Rückgang der Bauaufträge.

Unvorhersehbar war es also keinesfalls, dass der Abschwung bevorstand, auch wenn das wahre Ausmaß letztlich jegliche Vorstellungskraft überstieg. Doch jeder, der mahnte und warnte, wurde bloß verlacht, in Amerika wie in Deutschland. Auch hierzu lebten die Bürger weit über ihre Verhältnisse.

Der gesamte Aufschwung der Weimarer Jahre war fremdfinanziert, das Reich hochgradig abhängig von kurzfristigen Auslandskrediten, insbesondere aus den USA. Mit ihnen bediente es die Reparationsforderungen der Alliierten, jährlich 2,5 Milliarden Reichsmark. In erster Linie aber erforderte die Modernisierung der kriegsgeschwächten Volkswirtschaft gewaltige Kapitalmengen.

Die deutsche Wirtschaft bestritt ihre Nettoinvestitionen von 1924 bis 1929 in Höhe von 45 Milliarden Reichsmark fast zur Hälfte mit Geld, das sie sich aus dem Ausland, größtenteils aus Amerika, geliehen hatte. Vor allem die aufstrebende Autoindustrie profitierte vom Kapitalfluss aus Übersee: Ford gründete neue Werke in Berlin und Köln, General Motors kaufte 1929 die Adam Opel AG in Rüsselsheim, einen von damals noch 17 deutschen Autoherstellern.

Auch die Kommunen hatten sich von Dollartransfers abhängig gemacht. Die Städte bauten Krankenhäuser, Wohnungen, Straßenbahnnetze, Kläranlagen. Konrad Adenauer, damals Kölner Stadtoberhaupt, war „der freigebigste unter den deutschen Oberbürgermeistern“, urteilt der Historiker Harold James.

Noch 1913 zählte seine Verwaltung 2124 Beamte und Angestellte, 1924 waren es schon 4765. Ein Jahr

KOSTSPIELIGE PROJEKTE
Konrad Adenauer, von 1917 bis 1933 Oberbürgermeister von Köln, nahm eine 15-Millionen-Dollar-Anleihe auf, um die Stadt zu verschönern. Nach dem Börsenkrach räumte er ein, sich übernommen zu haben.



VORBOTEN DER MODERNE
Neue Produkte versprochen den Menschen in den zwanziger Jahren ein komfortableres Leben. Osram warb auf großen Plakaten für seine Produkte, im Katalog des Berliner KaDeWe wurde ein Staubsauger vorgestellt.



KANZLER BRÜNING

Heinrich Brüning war der falsche Mann für die Bewältigung der Krise. Statt dem wirtschaftlichen Abschwung gegenzusteuern, bestand er auf einem harten Sparkurs. „Hungerkanzler“ wurde er deshalb im Volksmund genannt.

„Bei der großen wirtschaftlichen Not muss jedes Übermaß an Feiern und Vergnügen vermieden werden.“

Aus einer amtlichen Mitteilung der Regierung Brüning

später nahm die Stadt eine 15-Millionen-Dollar-Anleihe auf. Adenauer wollte Köln zur „Metropole des Westens“ machen: Er ließ den Festungsgürtel in eine Grünanlage umgestalten, erweiterte den Rheinhafen, baute eine neue Rheinbrücke. Nach dem Börsenkollaps räumte er ein, dass er sich mit den kostspieligen Projekten übernommen hatte: „Wir haben uns bei manchen, insbesondere außerordentlichen Ausgaben die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit nicht genügend vor Augen gehalten.“

Doch da war es zu spät. Die Amerikaner benötigten nun jeden Dollar für sich selbst. Der Geldfluss stoppte abrupt, wie sich an der Entwicklung der Emissionen von Auslandsanleihen ablesen lässt: 1928 gewährten die USA dem Deutschen Reich noch Kredite im Wert von 277,1 Millionen Dollar, ein Jahr später waren es gerade noch 29,5 Millionen Dollar. Das ganze finanzielle Konstrukt, auf dem Weimars Wirtschaft ruhte, krachte in sich zusammen.

Als Erste bekamen die deutsche Exportwirtschaft und die Bauindustrie leidvoll zu spüren, dass es sich beim Aufschwung nur um eine „Dollarscheinblüte“ gehandelt hatte. Der Wert der ausgeführten Güter sank von 12,3 Milliarden Reichsmark im Jahr 1928 auf 5,7 Milliarden 1932, die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft ging um mehr als 60 Prozent zurück: von rund zwei Millionen auf 775 000.

Investoren stellten Bauprojekte zurück, Unternehmer kauften keine neuen Maschinen, weil die Banken ihnen keinen Kredit mehr gaben. „Allenthalben macht sich der Kapitalmangel in Betriebseinschränkungen und Zahlungsstockungen bemerkbar“,

heißt es im Vorstandsbericht der Vereinigten Stahlwerke zum Geschäftsjahr 1929.

Zahlreiche Unternehmen bauten Personal ab. In Hagen beschäftigte die Eisen- und Stahlindustrie statt 42 000 Mitte 1930 nur noch gut 21 000 Menschen. Die Arbeitslosenversicherung, 1927 in einer vergleichsweise günstigen konjunkturellen Lage gegründet, rutschte tief ins Defizit.

Je mehr Menschen aber arbeitslos wurden oder kurzarbeiteten, desto stärker schrumpfte die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen, die Umsätze von Handelsfirmen sanken erheblich: Möbelhäuser verloren zwischen 1929 und 1932 die Hälfte ihres Geschäfts, der Textileinzelhandel verzeichnete ein Umsatzminus von 43 Prozent, vor allem aufgrund der Preissenkungen. Entsprechend drosselte die Industrie ihre Produktion und deren Zulieferer wiederum ihre Fertigung. Die deutsche Wirtschaft war gefangen in einer Abwärtsspirale.

In dieser Situation hätte es einer Person bedurft, die mutig und entschlossen gegensteuerte, die den Markt mit Geld versorgt und so die Konjunktur auf Touren bringt. Stattdessen ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg einen Reichskanzler, der die Spirale noch enger drehte.

Heinrich Brüning war bei Amtsantritt im März 1930 erst 44 Jahre alt, und doch fehlte ihm der Modernisierungswille, den ansonsten eine neue Generation auszeichnet. Mental war Brüning fest im Kaiserreich verhaftet: ein glühender Nationalist, der im Ersten Weltkrieg eine Maschinengewehreinheit geführt und die Niederlage nur schwer verwunden hatte, privat ein Junggeselle, der als kontaktscheu galt und asketisch lebte. Für den Historiker Golo Mann war er „der katholische Bürger mit dem Geist eines Gelehrten, der Seele eines Mönchs zugleich und eines Soldaten“.

Seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen waren gewissermaßen Ausdruck seiner Biografie. An oberster Stelle stand für ihn der Abbau der Reparationsforderungen. Unter allen Umständen wollte Brüning Versailles revidieren und das Reich wenigstens von dieser finanziellen Kriegsfolge befreien. Die Regierung habe dieses Ziel „jeden Tag, in jeder Stunde, in jedem Beschluss vor Augen“, versicherte er.

Tatsächlich belasteten die Reparationsleistungen von Beginn an die Republik. 1929 machten die Zahlungen immerhin 17 Prozent des gesamten Werts der deutschen Exporte aus. Unzumutbar freilich waren die Forderungen nicht. Brüning aber stilisierte sie zu einem Kardinalproblem hoch. Er nahm sogar die Verelendung weiter Teile der Bevölkerung in Kauf, bloß um den Siegermächten zu demonstrieren, dass Deutschland viel zu arm sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Wie besessen war Brüning von dieser Idee des Gesundheitschumpfens, das in Wahrheit ein Kaputtsparen war. Der „Hungerkanzler“, als der er bald bezeichnet wurde, schlug einen gnadenlosen Deflationskurs ein – und verschärfte die Krise damit noch.

Gespart wurde an allem: an den Ausgaben für den Wohnungsbau, an Krediten und Subventionen und vor allem an den Beamtengehältern. Die Staatsbediensteten verzichteten in den Brüning-Jahren auf 19 bis 23 Prozent ihres Gehalts.

Zuweilen nahmen die Anstrengungen groteske Züge an: „Bei der großen wirtschaftlichen Not, mit der weiteste Kreise des deutschen Volkes zu kämp-

fen haben, muss jedes Übermaß an Feiern und Vergnügen vermieden werden“, wurden die Bürger in einer amtlichen Mitteilung aufgefordert. Deshalb werde auch die Regierung gesellschaftliche Veranstaltungen „auf das Mindestmaß“ beschränken.

Zugleich kletterten die Steuern auf ein beispielloses Niveau, vor allem Konsumsteuern wurden drastisch erhöht: die Umsatzsteuer, die Tabaksteuer, die Biersteuer, die Zuckersteuer; besteuert wurden sogar Mineralwasser (mit fünf Pfennig pro Liter) und Limonade (mit bis zu zehn Pfennig).

Niedrigere Ausgaben, höhere Abgaben: Die Parallelpolitik würgte die Konjunktur vollends ab. In drei Jahren sanken alle volkswirtschaftlich bedeutsamen Parameter um mindestens 30 bis 40 Prozent: das Bruttosozialprodukt, die Einkommen, der Konsum, die Investitionen, die Aktienkurse, die Zahl der Erwerbstätigen. Minuszeichen allerorten.

Die Wirtschaft verlor jeden Schwung, selbst erhebliche Preisabschläge konnten die Verbraucher nicht zum Einkauf animieren. Die Preise fielen auf breiter Front, insbesondere Agrarprodukte wurden immer billiger, sie verloren von 1926 bis 1933 im Schnitt 57,5 Prozent an Wert. „Die Leute fühlten, wie der Boden unter ihren Füßen nachgab“, beschrieb der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter die Dramatik.

In der Begründung für ihre brachiale Sparstrategie verwendeten Brüning und seine Mitstreiter vorzugsweise Metaphern aus Natur und Medizin. Sie verwiesen auf die „Selbstheilungskräfte“ der Wirtschaft: Der kranke Organismus könne sich von ganz allein kurieren, er müsse sich nur selbst reinigen, sozusagen die Krankheit ausschwitzen. Dazu seien Rezessionen durchaus sinnvoll, die trennten Gutes vom Schlechten, Produktives vom Unsoliden, danach erblühe die Unternehmenslandschaft prächtiger denn je.

Aber was nützten den Bürgern alle Verheißungen auf eine strahlende Zukunft, wenn ihre Existenz unmittelbar bedroht war? Große Teile der Gesellschaft litten bittere Not, in den Krankenhäusern häuften sich die Fälle von Unterernährung, im Winter waren die Wärmehallen überfüllt. Überschuldete Kommunen mussten Betriebe verkaufen, es war kein Geld mehr da für Sportplätze, Theater, Badeanstalten und Schulen.

Reihenweise gaben Einzelhändler ihr Geschäft auf. Sie konnten die Preise für ihre Waren noch so senken: Die Käufer streikten beharrlich, allein die staatlichen Leihämter hatten Hochkonjunktur. Katastrophenstimmung machte sich breit – und einige zogen ihre ganz persönliche Konsequenz: 1932 kamen in Deutschland auf eine Million Einwohner 260, die Selbstmord begingen. Zum Ver-

gleich: In Frankreich waren es 155, in den USA 133, in Großbritannien 85.

Nachdem Weimars Gründerväter den Bürgern ein Leben „in Schönheit und Würde“ versprochen hatten, höhnte Joseph Goebbels, Berliner Gauleiter der NSDAP, in seinen Artikeln regelmäßig: „Das Glück dieses Lebens in Schönheit und Würde vermochten nicht länger zu ertragen ...“ und fügte die Namen der Selbstmörder an.

Der ökonomischen Depression folgte jene des Gemüts. Die Arbeitslosigkeit entkoppelte die Betroffenen vom Rest der Gesellschaft, mit fatalen Folgen, wie die österreichische Sozialpsychologin Marie Jahoda in ihrer berühmten Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ herausfand: „Wenn dieses Band zerrissen wird, dann verlieren sich die Menschen in Tagträumen, verlieren ihr Selbstvertrauen und sind bereit, den phantastischen Versprechungen von Demagogen Glauben zu schenken.“

In jener Zeit bereiste der amerikanische Journalist Hubert Renfro Knickerbocker das Land, ein Deutschland-Kenner, der für die „New York Evening Post“ schrieb und 1923 bereits Zeuge von Hitlers gescheitertem Putsch im Münchner Bürgerbräukeller geworden war. Bei einem erneuten Besuch beeindruckte ihn besonders eine Szene, die er „bei den Ärmsten der Armen im roten Herzen der rötsten Stadt Deutschlands“ erlebte, in einer Berliner Kneipe.

Dort hatte von 500 Gästen höchstens jeder Zehnte ein Glas Bier vor sich stehen gehabt, war ihm aufgefallen. „Wenn der Deutsche zu arm geworden ist, um sich ein Bier zu kaufen“, folgerte der Journalist, „ist er am Verzweiflungspunkt angelangt.“

Doch es kam noch schlimmer. Im Frühjahr 1931 spitzte sich die Wirtschaftskrise zu, nachdem die Österreichische Creditanstalt, die größte Geschäftsbank Österreichs, überraschend ein Defizit von 140 Millionen Schilling meldete. Anleger in aller Welt vermuteten, dass nun auch die deutschen Banken in Mitleidenschaft gerieten, und zogen Kapital ab.

Schon lange war die Geschäftslage der Banken angespannt, die Vielzahl der Konkurse hatte sie ge-



RECHTE PAROLEN

Die Deutschnationale Volkspartei wandte sich 1924 auf einem Plakat gegen den Friedensvertrag von Versailles, dessen Bedingungen viele für den Niedergang des Landes verantwortlich machten.

VERNICHTETE EXISTENZEN

Häufig brachte die Krise den Ruin. Vor den Arbeitsämtern standen die Menschen – wie hier in 1930 Hannover – in langen Schlangen an, in den Krankenhäusern häuften sich Fälle von Unterernährung, die Selbstmordrate stieg.





BANKROTTE GESCHÄFTE
Inflation und mangelnde Kaufkraft der Kunden trieb viele Einzelhändler in den Konkurs. Reihenweise mussten Läden schließen. Nur die Leihhäuser hatten Hochkonjunktur.

**Die Banken-
krise zerstörte
alle Hoffnung,
dass die
Depression
schnell
überwunden
werden könnte.**

schwächt. In eine ernste Schieflage kamen dann die Dresdner Bank und die Danatbank, nachdem im Juli 1931 ein wichtiger Kunde, der Delmenhorster Nordwolle-Konzern, zahlungsunfähig geworden war. Die Geschäftsführung hatte sich beim Kauf von Rohwolle verspekuliert.

Am Morgen des 13. Juli 1931, es war ein Montag, standen die Kunden der Danatbank vor verschlossenen Türen. Schnell verbreitete sich diese Nachricht, bald bildeten sich vor Banken und Sparkassen lange Schlangen. Die Reichsregierung zog die Notbremse: Sie schloss für zwei Tage sämtliche Kreditinstitute.

Auch nach diesen sogenannten Bankfeiertagen blieben viele Schalter gesperrt. Die Auszahlung von Guthaben war eingeschränkt, sofern überhaupt noch etwas zu holen war: Zwischen Herbst 1928 und Herbst 1929 hatten 357 Kreditinstitute und Leihhäuser Insolvenz angemeldet.

Besonders gravierend waren die Folgen der Bankenkrise für die Industrie. Selbst die solidesten Unternehmen bekamen nun die Kreditlinie gekürzt. Bekannte Namen wie die Maschinenfabrik Borsig oder der Stahlkonzern von Friedrich Flick standen plötzlich vor Liquiditätsproblemen.

Das Versagen der Banken hing möglicherweise auch mit deren „übertriebenem Konservatismus“ zusammen, vermutet der Historiker James. Er kritisiert die „einseitige Vergabe von Bankkrediten hauptsächlich an Großindustrie und Großagrarier“. Die Geldhäuser hätten überwiegend in absterbende Industrien investiert statt in Zukunftsbranchen wie die Elektrotechnik. Dadurch sei die notwendige Erneuerung aufgehalten worden: „Es genügte also schon ein leichter Stoß, um ein von Grund auf anfälliges Gebilde zum Einsturz zu bringen“, so James.

Ob die Banker wirklich die Hauptverantwortung für die Kreditklemme trugen oder ob eher das leichtfertige Finanzgebaren mancher Industrieller krisenverschärfend wirkte oder aber der von Brüning ver-

mittelte Eindruck, der Staat stünde unmittelbar vor dem Finanzkollaps – die Bankenkrise zerstörte alle Hoffnungen, dass die Depression schnell überwunden werden könnte. Als die Briten dann noch im September das Pfund abwerteten, war es mit der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie vollends vorbei.

In einem Geschäftsbericht der Reederei Norddeutscher Lloyd für das Jahr 1931 wird beklagt, dass die Abkehr Englands vom Goldstandard „das Geschäft am schwersten betroffen“ habe, „da mit wenigen Ausnahmen auf dem Nordatlantik fast alle Raten in Pfund Sterling notiert wurden“. Die Folge: „ein wesentlicher Abbau der Bezüge unserer Land- und Schiffsangestellten“.

Die Freigabe vom Goldstandard wog deshalb so schwer, weil gleich rund 25 Länder dem britischen Vorbild gefolgt waren. Deutschland dagegen lehnte die Abwertung der Reichsmark ab. „Ich werde bis zum Letzten gegen jedwede inflationäre Maßnahme ankämpfen“, versicherte Brüning vor dem Reichsparteiausschuss der Zentrumsparterie im November 1931. Und er werde die Politik des eisernen Sparens fortsetzen, kündigte er an, angesichts des Haushaltsdefizits habe er keine andere Wahl. War Brüning also ein Gefangener der Umstände?

Um diese Frage entzündete sich schon Ende der siebziger Jahre eine leidenschaftliche Debatte, ausgelöst hat die Kontroverse der Münchner Historiker Knut Borchardt. Ein rechtzeitiges Gegensteuern gegen den Abschwung sei gar nicht möglich gewesen, behauptet er. Brüning habe sich mit Zwangslagen konfrontiert gesehen, „die so ungeheuerlich gewesen sind, dass wir auch heute für sie keine wirkliche Lösung angeben können“. Der Reichskanzler habe vielmehr „wahrhaft heroisch“ die Bereinigung durchgestanden.

Sein Berliner Kollege Carl-Ludwig Holtfrerich widerspricht vehement. Brüning habe durchaus Spiel-

räume besessen, sie aber nicht genutzt. Er habe die Zuspitzung der Krise sogar bewusst betrieben. „Möglicherweise hätte eine ein Jahr früher einsetzende Arbeitsbeschaffungspolitik das politische Schicksal Deutschlands in andere Bahnen gelenkt“, meint Holtfrerich.

Fest steht: Spätestens nach Bankenkrise und Pfundabwertung begannen Persönlichkeiten verschiedenster Herkunft damit, nach Alternativen zur Deflationspolitik zu suchen, allen voran die Ökonomen. In den zwanziger Jahren vertrat noch eine Mehrheit von ihnen die Auffassung, jede Krise behebe sich von allein, sofern der Markt nur frei und unreguliert funktioniere. Und weil sich jedes Angebot seine eigene Nachfrage schaffe, könne es gar nicht zu langanhaltender Arbeitslosigkeit kommen – bis die Weltwirtschaftskrise das Gegenteil bewies.

Es war die Stunde von John Maynard Keynes: Der britische Ökonom empfahl in solchen Krisensituationen, der Staat müsse antizyklisch agieren und Nachfrage erzeugen. Er könne die Konjunktur durch öffentliche Aufträge oder Arbeitsbeschaffung ankurbeln, bis sie wieder von allein laufe.

Keynes fasste seine Vorstellung 1936 zu einer Theorie zusammen, doch schon in den Jahren zuvor erregte er durch Vorträge und Aufsätze einiges Aufsehen in der Zunft – und löste heftige Kontroversen aus. Beide Schulen prallten während einer Konferenz Mitte September 1931 in Berlin im Haus der Reichsbank aufeinander.

Die Friedrich-List-Gesellschaft hatte führende Nationalökonominnen eingeladen, sie sollten die „Möglichkeiten einer aktiven Konjunkturbelebung durch Investition und Kreditausweitung“ erörtern. Am ersten Tag gaben die Neoklassiker den Ton an, der Tenor: am besten geduldig abwarten, bis die Wirtschaftskrise durchgestanden ist.

Der zweite Tag begann mit einem Referat von Wilhelm Lautenbach, einem Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium. Er hielt ein flammendes Plädoyer für einen Kurswechsel, für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und für staatliche Investitionen. Lautenbach wurde unterstützt vom Finanzökonom Heinrich Rittershausen: Der Staat könne mit öffentlichen Aufträgen die Konjunktur ebenso beleben wie die Reichsbank mit der Erhöhung der Geldmenge, zu dieser Einsicht sei er nach der Lektüre neuer Schriften von Keynes gelangt.

Und wie es bei solchen Treffen manchmal passiert: Es entwickelte sich eine eigene Dynamik. Ein Wort ergab das andere, die Stimmung kippte. Selbst Reichsbankpräsident Hans Luther, ein beinaher Deflationist, zeigte sich plötzlich nachdenklich, ob die harte Tour „diesmal nicht sowohl das Kranke als vielmehr das Gesunde“ treffen könnte. In seiner Autobiografie („Vor dem Abgrund“) überschrieb er später freilich das Kapitel über Brünnings Politik mit der unmissverständlichen Feststellung: „Es gab keine Alternative!“

Auch in der Politik wuchsen die Zweifel an der Deflationsstrategie. Nach der Bankenkrise tüftelte

Hans Schäffer, Staatssekretär im Finanzministerium, einen eigenen Plan zur staatlichen Arbeitsbeschaffung aus, Volumen: 2,5 Milliarden Reichsmark. Sein Konzept stand zwar diametral der Auffassung des Reichskanzlers entgegen, doch Schäffer ließ sich nicht beirren. „Kann man es verantworten“, fragte er etwas pathetisch, „an einer richtigen und zweckmäßigen Lösung, die sozial entlastend und politisch beruhigend wirkt, aus taktischen Gründen vorbeizugehen?“

Kurz darauf schlugen die Gewerkschafter Wladimir Woytinsky, Fritz Tarnow und der SPD-Abgeordnete Fritz Baade ein Konjunkturprogramm vor, das fortan nach den Initialen ihrer Nachnamen WTB-Plan genannt wurde. Sie plädierten für die öffentliche Beschäftigung von einer Million Menschen; Reichsbahn, Reichspost und andere Körperschaften sollten Aufträge im Wert von zwei Milliarden Reichsmark vergeben.

Selbst in Teilen der Wirtschaft keimten Zweifel an Brünnings Kurs auf. Am 15. Juli 1931, dem zweiten „Bankenfeiertag“, versammelte sich in der Berliner Dependence der Vereinigten Stahlwerke eine illustre Runde zu einer Krisensitzung. „Jede weitere Preissenkung“, warnte der Schwerindustrielle Peter Klöckner, „würde verpuffen und uns nur schaden.“

Die Industriellen kamen überein, dass nur ein Arbeitsbeschaffungsprogramm eine Initialzündung geben könnte. Albert Vögler, Vorstandschef der Vereinigten Stahlwerke, sprach sich für „produktive Arbeiten“ im Straßenbau aus, der Stahlbaron Fritz Thyssen erwartete, dass die öffentliche Beschäftigung von einer Million Bürgern die Einstellung einer weiteren Million nach sich zöge.

Es gab also genügend Persönlichkeiten, die früh auf die Unzulänglichkeiten der Deflationspolitik hingewiesen hatten – und auf die fatalen gesellschaftlichen Konsequenzen. Erstaunlich weitsichtig zeigte sich etwa der Gewerkschaftsführer Anton Erkelenz: „Wer Hitler bekämpfen will, muss den Deflationsprozess, diese gewaltige Zerstörung von Arbeit, Werten und Kapital, beenden“, warnte er schon im Dezember 1931. Doch es blieben einzelne Stimmen, es wuchs keine gemeinsame Bewegung daraus.

Die Politik des „Deficit spending“ hat bei den großen Parteien und den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen zu wenig Unterstützung erfahren. Nicht einmal die SPD fand den Mumm zu einer keynesianischen Wende in der Wirtschaftspolitik. Die Sozialdemokraten zogen es vor, sich zurück-

zuhalten und die angeschlagene Regierung Brüning zu stützen.

Kein Wunder, dass der Reichskanzler hartnäckig blieb. Brüning wollte sich nicht „bei den letzten hundert Metern vor dem Ziel“, wie sein berühmter Ausspruch vom Mai 1932 lautete, von seiner Strategie abbringen lassen. Doch in Wahrheit war das Rennen längst gelaufen.

Hindenburg ließ ihn fallen, das Kabinett Brüning trat am 30. Mai zurück.

Seine Nachfolger Franz von Papen und Kurt von Schleicher blieben nur ein Zwischenspiel, der Weg war frei für Adolf Hitler. ♦



ÖKONOM KEYNES
In der Krise empfahl der britische Wissenschaftler den Regierenden, antizyklisch zu handeln und die Konjunktur durch öffentliche Aufträge oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen anzukurbeln.



SARKASTISCHER ABSCHIED
„Adieu, Herr Reichspräsident, und schreiben Sie mir mal 'ne Ansichtskarte aus dem Dritten Reich“, ließ „Simplicissimus“ im Juni 1932 den abgetretenen Kanzler Brüning Reichspräsident Hindenburg zurufen.